



Alternativantrag

der Fraktion der SPD

zu „Gefährliche Weltkriegsmunition in Nord- und Ostsee bergen“ (Drs. 19/1728)

Bergung von Munitionsresten in Nord- und Ostsee zügig voranbringen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass

- finanzielle Mittel für die Bergung der Munitionsreste in deutschen Gewässern zügig bereitgestellt werden und die Finanzierung der Überwachungs- und Kartierungsarbeiten dauerhaft gesichert ist,
- noch ausstehende Untersuchungen so schnell wie möglich durchgeführt und abgeschlossen werden, um auf deren Grundlage weitere notwendige Schritte veranlassen zu können,
- notwendige Sprengungen nur unter Blasenschleier erfolgen und der für die Sprengung entwickelte Roboter für eine umweltschonende Bergung schnellstmöglich einsatzbereit ist,
- Grenzwerte für Schadstoffe, die sich aus der Munition in Fischen (Verwendung als Lebensmittel) und der Meeresumwelt insgesamt anreichern, auf Basis der bereits vorhandenen Untersuchungsergebnisse festgelegt werden und
- die internationale Zusammenarbeit im Nord- und Ostseeraum weiter ausgebaut wird.

Die Landesregierung soll darüber hinaus darauf hinwirken, dass der Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 15.11.2019 zurückgenommen wird, nach dem geprüft werden soll, „ob weitere Instrumente zur Finanzierung der Räumung von Munition aus dem Meer, z.B. als Kompensation für Mehraufwand beim Küstenschutz oder als naturschutzrechtliche Kompensation genutzt werden können“.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

- eine erweiterte Aufklärungskampagne für die Bevölkerung zu starten, mit der diese über notwendige Maßnahmen im Falle eines Munitionsfundes informiert wird. Die Landesregierung soll darauf hinwirken, dass diese Informationen in den Küstengemeinden und an den Stränden in Schleswig-Holstein zur Verfügung stehen und
- dem zuständigen Ausschuss vierteljährlich über den Sachstand der Umsetzung auf Bundes- und Landesebene zu berichten.

Begründung:

Allein im Rahmen des zweiten Weltkriegs wurden bis zu 1,6 Millionen Tonnen konventionelle und 220.000 Tonnen chemische Kampfmittel aus Wehrmachtsbeständen in Nord- und Ostsee versenkt. Diese Minen und Bomben korrodieren stetig. Die enthaltenen Sprengstoffe werden nach über 70 Jahren im Meerwasser immer instabiler. Es besteht die Gefahr, dass sie bei kleinsten Berührungen explodieren. Fischer in Nord- und Ostsee sind diesem Risiko zunehmend ausgesetzt. Außerdem lagern sich die beständig aus den Sprengstoffen austretenden Chemikalien in Meerestieren, wie in Fischen und Muscheln, ab. Der Bund muss zeitnah seiner Verpflichtung, Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee zu beseitigen, verstärkt nachkommen.

Unabhängig von den Maßnahmen, die auf Bundesebene zu entscheiden sind, sollte die Landesregierung weitere Maßnahmen zum Schutz der Bevölkerung und der Meeresumwelt treffen, die bereits jetzt umgesetzt werden könnten, wie die Aufklärung der Bevölkerung.

Der Beschluss der Umweltministerkonferenz vom 15.11.2019 zu TOP 27 „Gefährdung von Mensch, Umwelt und Natur durch Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee – notwendiger Einstieg in eine geordnete Bergung“ in Punkt 7 ist fachlich nicht haltbar und muss zurückgenommen werden.

Sandra Redmann
und Fraktion